

*Financial Times Deutschland, 12. April 2012*

## **Kritik an Israel: Grass hat grundsätzlich recht**

*Kommentar* Der israelische Staat hat die Angst seiner Bürger vor ausländischen Feinden zur Staatsräson erhoben. Damit hat er seine Demokratie geschwächt und die Bedrohung nur verschärft. von Mohssen Massarrat

*Mohssen Massarrat ist Exil-Iraner und war Professor für Politikwissenschaft an der Universität Osnabrück. Er ist Mitglied im wissenschaftlichen Beirat von Attac.*

---

Günter Grass hat mit seinem Prosagedicht "Was gesagt werden muß" eine wichtige Debatte über Israel angestoßen. Die internationale Gemeinschaft ist reif dafür, die Frage nach der Legitimation von Israels Staatsräson in der Vergangenheit und der Gegenwart zu diskutieren.



Mohssen Massarrat

Der Ausgangspunkt einer zielführenden Diskussion ist das Sicherheitsbedürfnis der israelischen Bevölkerung. Ihre Angst blockiert oft die Suche nach alternativen Lösungen. Jeder Versuch, die durch palästinensische Raketen oder durch das iranische Atomprogramm in Angst versetzten Menschen für eine rationale Debatte über Ursache und Wirkung und für eine andere Politik gewinnen zu wollen, muss scheitern. Denn das Angstempfinden kennt keine moralische Legitimation, es legitimiert sich selbst. Getrieben von den Erfahrungen des Holocaust fordert Israels Bevölkerung von ihrer Regierung für sich eine "bombenfeste" Sicherheit, zu Recht.



Günter Grass

Die historische Antwort der Elite auf die Ängste der Menschen war das Versprechen: "Wir werden unser Schicksal nie mehr in fremde Hände legen." Diese Staatsräson wurde bis dato in Israel nicht hinterfragt. Auch der Westen hat sie kritiklos akzeptiert. Heute, 64 Jahre nach der Gründung des Staates Israel, ist die Bilanz dieser Staatsräson unbestritten negativ und katastrophal. Statt einer breiten Anerkennung Israels durch die arabischen Nachbarn und statt Frieden mit den Palästinensern ist in dieser Zeit der neue Konflikt mit dem Iran und die Angst vor dessen Atomprogramm dazugekommen. Dabei mangelte es kaum an uneingeschränkter materieller, moralischer, politischer und sicherheitspolitischer Unterstützung der gesamten westlichen Welt.

Es wäre daher fahrlässig, die Schuld an der gestiegenen Unsicherheit für Israel und seine Bevölkerung allein anderen Staaten und Völkern im Mittleren und Nahen Osten zuzuschieben.

Den eigenen Prämissen der Staatsräson zufolge verzichtet Israel freiwillig auf den formellen Schutz durch die internationale Gemeinschaft und übernimmt die Verantwortung zur Herstellung der eigenen Sicherheit selbst. Da jedoch die eigenen nationalen und militärischen

Ressourcen Israels niemals ausreichen, blieb der Elite keine andere Wahl, als sich in informelle Abhängigkeiten zu begeben. Das Sicherheitsbedürfnis der Menschen wurde fortan zur Geißel von sachfremden Interessen und der Willkür mächtiger Gruppen innerhalb und außerhalb des Landes: Erstens erklären in Israel der Zionismus und immer stärker der religiöse Fundamentalismus die Besatzung und die Besiedlung palästinensischer Gebiete zum "Sicherheitsbedürfnis" der Israelis. Indem diese Politik zum Tabuthema erklärt, in den rechtsfreien Raum gerät und damit der demokratischen Kontrolle entzogen wird, entwickelt sich das Sicherheitsbedürfnis nur zum Vorwand, um die Erfüllung des zionistischen Traums von "Eretz Israel" zur Aufgabe aller israelischen Regierungen zu machen. Dadurch verliert die einzige Demokratie in der Region beträchtlich an Substanz. Israelis, die diese Tabuzone jenseits der Demokratie nicht anerkennen, werden als Verräter denunziert.

Zweitens führt die Tabuisierung der Sicherheits- und Militärpolitik dazu, dass diese intransparenten Kräften überlassen wird, für die die ideologischen Ziele den absoluten Vorrang haben. Dass unter diesen Bedingungen weniger Ideen wie Sicherheit durch Kooperation, sondern konfrontative Konzepte Platz greifen, dürfte auf der Hand liegen. Hierauf gründet sich auch Israels nukleare Sicherheitspolitik, die im Mittleren und Nahen Osten unweigerlich ein nukleares Wettrüsten entfacht hat und letztlich nur zusätzliche Unsicherheit erzeugte, wie der aktuelle Iran-Israel-Konflikt zeigt.

Zu den Folgen im Innern kommen die Folgen auf der weltpolitischen Bühne: Die Staatsräson stürzt das Land in einen Raum jenseits des Völkerrechts. Die Legitimation der Uno wird in Zweifel gezogen, je nach Bedarf werden deren Resolutionen selbstherrlich ignoriert. Durch den freiwilligen Verzicht auf den Schutz durch die Weltgemeinschaft begibt sich Israel alternativlos in die Obhut intransparenter und unkontrollierbarer Kräfte wie den militärindustriellen Komplex. So wird jener Schutz der Menschen, den Israels Staatsgründer niemals in "fremde Hände" legen wollten, internationalen Mächten überlassen, die ihn für eigene geostrategische Interessen, für Waffenexporte und die Erzeugung von Chaos und Unordnung instrumentalisieren.

In Deutschland erfährt das Problem eine Verdopplung: Deutschland stilisiert Israels Sicherheitsbedürfnis zur eigenen Staatsräson hoch, als Wiedergutmachung der eigenen Verbrechen: Anstatt aus der eigenen Vergangenheit friedenspolitische Lehren zu ziehen und zur Kooperation mit den Nachbarn zu ermutigen, hilft Deutschland Israel, durch die Lieferung von nuklear umrüstbaren U-Booten in eine Kriegsfall zu tappen. Mich würde es kaum wundern, wenn im Schatten des rechtsfreien Raums der deutschen Staatsräson nicht Freunde Israels, sondern antisemitische Kräfte in Aktion sind, die Israel in die Kriegsfall tappen lassen wollen. Hinzu kommt: Deutschland würde im Falle eines Angriffskrieges gegen den Iran nicht nur Israels Kriegspartei, es hebelte auch die eigene Verfassung aus, die einen Angriffskrieg ausdrücklich verbietet. Und es verstieße gegen die Charta der Vereinten Nationen.

Günter Grass transportiert intuitiv die beschriebenen Gefahrenquellen von Israels Staatsräson in sein Prosagedicht und weist mit seinem Plädoyer für die Kontrolle der Atomanlagen beider Staaten, Israel und Iran, durch eine internationale Instanz in die richtige Richtung. Grass' Plädoyer ist also nicht naiv, sondern sehr realistisch. Sein Vorschlag liegt ganz und gar auf der Linie der Vereinten Nationen, die eine massenvernichtungswaffenfreie Zone im Mittleren und Nahen Osten anstreben.